

# Der Wahlkreisbrief

Neues aus dem Wahlkreis 23

1/2011

Danny Eichelbaum sendet Ihnen den Wahlkreisbrief zu seiner Arbeit als Abgeordneter im Landtag Brandenburg

## Inhalt

Neues aus dem Wahlkreis

Aktuelle Themen aus dem Landtag

Nachrichten aus dem Landkreis Teltow-Fläming

Termine im Monat April



## Neues aus dem Wahlkreis

### CDU-Abgeordnete: Schnelle Einigung bei Seen-Kauf

Eine schnelle Einigung beim Kauf von märkischen Seen durch das Land haben die Brandenburger CDU-Bundestagsabgeordnete Katherina Reiche und der CDU-Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum gefordert. Kommunen und Pächter müssten endlich Rechtssicherheit haben, teilten beide am Samstag in einer gemeinsamen Mitteilung mit. „Endlich hat sich das Land Brandenburg bereiterklärt, noch in diesem Jahr die 134 Seen aus Bundeseigentum im Paket zu kaufen.“ Im Streit um den Verkauf ostdeutscher Gewässer erhielt das Land jetzt entsprechende Unterlagen vom Bundesfinanzministerium, gab aber noch kein konkretes Angebot ab.

Reiche, auch Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesumweltministerium, und Eichenbaum erklärten, die Linkspartei würde die Verhandlungen torpedieren, da sie auf einer kostenlosen Übertragung der Seen beharre. „Wir fordern die Brandenburger Linkspartei auf, ihre Blockadehaltung aufzugeben und den Weg frei zu machen für eine Kompromisslösung“, betonten die CDU-Abgeordneten.

„Wir erwarten im Interesse Brandenburgs, dass die Landesregierung und die beiden Brandenburger Regierungsfractionen SPD und Linke mit einer Stimme die Verhandlungen zu einem Erfolg weiterführen.“ Entscheidend sei, dass die Seen weiterhin für jeden öffentlich zugänglich seien. Eichelbaum sagte: „Der geplante Kauf der Seen durch das Land schafft genau dafür die Grundlage. Diese Chance darf durch Rot-Rot nicht vertan werden.“

*Quelle: Märkische Oderzeitung, 06.02.2011*

### Landwirtschaft querbeet - Geteiltes Echo auf CDU-Agrarvorstellungen

AHRENSDORF - Wiedereinrichter, Alteigentümer, neue und alte Genossenschafter – alle Ansichten, die es in den neuen Bundesländern zur Landwirtschaft gibt, prallten vorgestern bei „Lommel“ in Ahrensdorf aufeinander. Die CDU-Landtagsfraktion hatte in die Gaststätte „Deutsches Haus“ eingeladen, um ihr Positionspapier „Starke Landwirtschaft – starkes Brandenburg“ vorzustellen. Und gekommen waren Chefs landwirtschaftlicher Betriebe und aktive Landwirte aus dem gesamten Kreis TF.

Zu den Kerngedanken dieses Papiers gehört für Brandenburgs CDU ein Umdenken, weil sich die EU-Agrarpolitik mit der nächsten Förderperiode nach 2013 ändert. Jetzt werden die Weichen dafür gestellt. Wie sich die Christdemokraten die Änderung vorstellen, das erklärten Dieter Dombrowski, stellvertretender Vorsitzender der Fraktion und agrarpolitischer Sprecher, Landtagsmitglied und CDU-Kreischef Danny Eichelbaum sowie Björn Lakenmacher, Fraktionssprecher für den ländlichen Raum.

„Wir können ohne Bananen und Kokosnüsse leben, aber nicht ohne Getreide, Fleisch und Eier“, so Dombrowski, „wir sind ein reiches Land und könnten alles einkaufen. Aber wir müssen unsere eigene Versorgung sicherstellen, um nicht wie beim Öl abhängig zu sein.“ Deshalb müssten die Menschen hier in Brandenburg bleiben und hier ihr Auskommen haben.

Der Ahrensdorfer Öko-Bauer Erhard Thäle bewirtschaftet Flächen, die zu drei Vierteln unter Schutz stehen. Er sieht Ungleichheiten zwischen ökologischer und konventioneller Landwirtschaft: „Mit dem 21er Boden (Ackerwert, d.Red.) könnten wir ein paar Leguminosen anbauen, die würden sie uns aus der Hand reißen.“ Aber Roggen kauften die Mühlen in Bayern woanders, da ist er billiger. „Es macht manchmal keinen Spaß und keinen Sinn“, sagt Thäle.

Milchproduzentin Regina Siebeke stört die geplante Förderdeckelung bei 500 Hektar. Ihre notwendigen Futterflächen sind größer. Sie erklärt: „Autos und vieles andere muss nach Produktionskosten bezahlt werden. Aber Lebensmittel nicht. Damit wird der Verbraucher gestützt, nicht der Landwirt“. Joachim Stengel aus Schöbendorf – „der wohl einzige ehemalige LPG-Vorsitzende im Raum“ – und Alteigentümer Ferdinand von Lochow begrüßen das Positionspapier. Letzterer betreibt in Petkus neben dem Skate-Hotel auf 600 Hektar ökologischen Landbau. Nur ein bis zwei Prozent der Landwirtschaftsflächen konnten Alteigentümer bisher kaufen, der Großteil gehöre Großbetrieben, „und ich habe das Gefühl, je mehr Geld es gibt, desto mehr fließt in Projekte, die für die ländliche Entwicklung nicht so viel bringen“; von Lochow denkt an „Dorfgemeinschaftshäuser für Kaffeerunden“.

Moderator Dieter Dombrowski: „Es hat sich durchgesetzt, Dinge nicht auf Dauer zu subventionieren“; das könne immer nur ein Anschub sein wie etwa für neue Technologien.

Auskunft und Information zu dem Positionspapier unter [www.cdu-fraktion-brandenburg.de](http://www.cdu-fraktion-brandenburg.de).

*Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung 31.3.2011*



30.3.2011  
Veranstaltung "Starke  
Landwirtschaft-starkes  
Brandenburg" in  
Ahrensdorf



## Flughafen BBI: CDU: SPD gibt keine konkrete Antwort

„Der Flughafen BBI und die Anwohner der Umlandgemeinden benötigen Rechtssicherheit und keine Hochglanzbroschüren der SPD“, sagt der Landtagsabgeordnete und CDU-Kreisvorsitzende Danny Eichelbaum zur Stellungnahme des SPD-Unterbezirksvorstands Teltow-Fläming zum BBI (s. MAZ vom 6. Januar, S. 19).

„Das Positionspapier der SPD zum Großflughafen BBI lässt alle konkreten Fragen offen und stellt eine Ansammlung von Allgemeinplätzen dar. Welche Flugroutenvariante wird denn nun von der SPD favorisiert?“, fragt Eichelbaum, und weiter: „Welche konkreten Lärmschutzmaßnahmen sollen die vom Fluglärm betroffenen Bürger erhalten?“ Auf die öffentliche Mitteilung allgemeiner Grundsätze könnten die Bürger verzichten, meint der CDU-Politiker. Die Bürger wollten eine Antwort, welche Gemeinden ab 2012 vom Fluglärm konkret betroffen sind.

Das Positionspapier verschleierte zudem, „wer in Brandenburg für die katastrophale und nicht mehr nachvollziehbare Planung des Flughafens, der Flugrouten und der Nichteinhaltung des Nachtflugverbotes die Verantwortung trägt“, so Eichelbaum. „Die SPD stellt seit 20 Jahren den für die Planung des Großflughafens zuständigen Verkehrsminister, sie stellt seit 20 Jahren den Ministerpräsidenten, der auch für die Flughafenplanung die Richtlinienkompetenz hat, SPD-Regierungsvertreter kannten den jetzt auf dem Tisch liegenden und kontrovers diskutierten Flugroutenvorschlag bereits seit 1998, ohne die betroffenen Gemeinden und Bürger zu informieren. Und es war der SPD-Ministerpräsident Manfred Stolpe, der den Grundsatzbeschluss zum Bau des Flughafens in Schönefeld mit beschlossen hat“, so Eichelbaum, der dabei allerdings unerwähnt lässt, dass die beiden anderen Mitentscheider CDU-Bundesverkehrsminister Matthias Wissmann und der Regierende Bürgermeister von Berlin, Eberhard Diepgen (CDU), waren.

*Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 08.01.2011*



Neujahrsempfang  
in Ludwigsfelde am  
07.01.2011

## Nachrichten aus dem Landtag

### Woidke kontra Schöneburg - Justizminister der Linken zieht bei Polizeireform nicht richtig mit und bringt die SPD gegen sich auf

Vor ein paar Wochen saßen die Spitzen des Innen- und Justizministeriums zum vorerst letzten Mal zusammen. Seit dem herrscht Funkstille. Die Ankündigung von Justizminister Volkmar Schöneburg (Linke), die bereits für Ende 2010 versprochene Anpassung der Landgerichtsbezirke an die vier neuen Regionaldirektionen der Polizei erst zum 1. Januar 2014 vorzunehmen, hat bei der SPD massive Verstimmung ausgelöst. „Das ist viel zu spät“, sagte Innenminister Dietmar Woidke (SPD) gestern der MAZ. Mit der Konzipierung eines neuen Wachenmodells setzt er gegenwärtig den Schlusspunkt unter die Reform der Polizei. Ab 1. Januar 2012 soll in der neuen Struktur gearbeitet werden.

„Es war abgesprochen, dass parallel dazu die Bezirke der Landgerichte und Staatsanwaltschaften synchronisiert werden“, so Woidke. Argumente der Justiz, die etwa Personalumsetzungen oder diverse bauliche Veränderungen betreffen, seien nicht schlüssig. „Solche Probleme haben wir bei der Polizei auch und müssen die Reform trotzdem durchsetzen, um das Land angesichts knapper Finanzen zukunftsfest zu machen.“ Woidke hofft auf ein Einlenken Schöneburgs. Dieser will nicht generell ausschließen, dass die Anpassung der Gerichtsbezirke noch vor 2014 in Kraft tritt. Sein Sprecher Frank Schauka sagte, das müsse aber noch eingehend geprüft werden.

Die Widerstände in der Justiz belasten zunehmend das Verhältnis der Koalitionspartner zueinander. In der SPD hält man den Linken vor, sich bei unangenehmen Operationen in die Büsche zu schlagen. „Wir handeln uns mit der Polizeireform massenhaft Ärger ein, und der Justizminister lässt sich feiern, weil er verkündet, dass alles bleibt, wie es ist“, grollte ein SPD-Landtagsabgeordneter. Ihn und andere bringt auf die Palme, dass Schöneburg Lösungen immer wieder mit Ausweichmanövern unterlaufe anstatt selbst mal den Reformminister zu geben und Veränderungen durchzuboxen. So hatte er sich auf dem Landesparteitag der Linken Anfang März absegnen lassen, dass alle 25 märkischen Amtsgerichte „ihre Berechtigung haben“.

Beim Präsidenten des Oberlandesgerichts (OLG), Wolf Kahl, löste diese Einschätzung freilich viel Zustimmung aus, bei der SPD hingegen deutliches Unverständnis. Man war davon ausgegangen, dass Schöneburg im Zuge der Anpassung der Landgerichtsbezirke auch die Zahl und Struktur der märkischen Amtsgerichte überdenkt. Einen entsprechenden Arbeitsauftrag beinhaltet auch der Koalitionsvertrag. Justizsprecher Schauka verweist darauf, dass 25 Amtsgerichte bei der Größe des Landes durchaus keine üppige Zahl seien. Das Land Niedersachsen habe 80 Gerichte, gemessen an dessen Größe käme die Mark auf 40. Durch eine Reduzierung der Gerichte seien auch kaum Einsparungen zu erzielen. Man könne Richter nicht entlassen und die Gebäude seien im Landesbesitz.

Rückendeckung erhält Justizminister Schöneburg von OLG-Präsident Kahl. Brandenburg habe kaum noch richtig kleine Gerichtsstandorte mit ein oder zwei Richtern wie etwa Baden-Württemberg. Zudem bedeute das Amtsgericht in der Nähe für den Bürger „den Rechtsstaat vor Ort“.

Wie Innenminister Woidke, der gleichzeitig Vizelandeschef der SPD ist, sagte, wolle er seinem Kollegen Schöneburg keinesfalls in Zuständigkeiten hineinreden. Aber über eine Straffung von Strukturen nachzudenken, müsse möglich sein. Die letzte brandenburgische Justizreform liege bereits 18 Jahre zurück.

In der vorigen Wahlperiode hatte sich die damalige CDU-Justizministerin Beate Blechinger an einer Gerichtsreform versucht. Sie scheiterte auch am Widerstand der Lobby-Verbände in der Justiz.

Nach Angaben von Woidke hat das Land ab 2012 rund 65 Millionen Euro für Investitionen und Erweiterungsbauten an Justizstandorten eingeplant. Dieses Geld müsse „demografiefest“ angelegt werden. Es wäre fatal, wenn Gerichte ausgebaut würden und danach wegen sinkender Fallzahlen geschlossen werden müssten. Vor diesem Hintergrund fordert auch der rechtspolitische Sprecher der CDU-Landtagfraktion, Danny Eichelbaum, von Rot-Rot ein abgestimmtes Konzept für eine Gerichtsneugliederung. (Von Volkmar Krause)

*Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 19.03.2011*

### **Minister: Kein Fehlverhalten von Bediensteten bei Gewalttat in JVA**

Bei der Misshandlung eines 17-Jährigen in der Justizvollzugsanstalt Cottbus-Dissenchen durch vier Mitgefangene, hat es nach Auskunft von Brandenburgs Justizminister Volkmar Schöneburg (Linke) kein Fehlverhalten von Bediensteten gegeben. Beim Freizeitumschluss am Abend des ersten Weihnachtsfeiertages hatten vier Mithäftlinge im Alter von 19 bis 22 Jahren den Fünften und jüngsten drangsaliert und misshandelt.

Die Staatsanwaltschaft ermittelt inzwischen gegen sie wegen schwerer Körperverletzung. Nach Angaben von Schöneburg, der auf eine mündliche Anfrage des CDU-Landtagsabgeordneten Danny Eichelbaum antwortete, hat das Cottbuser Anstaltspersonal während des zweistündigen Umschlusses vier Kontrollen in dem Freizeitraum durchgeführt, bei denen Opfer und Täter jedoch jeweils eine »konfliktfreie« Situation inszeniert hätten. Hinweise auf einen Konflikt zwischen den jungen Gefangenen habe es im Vorfeld nicht gegeben. Der Misshandelte habe sich erst zwei Tage nach der Tat Bediensteten anvertraut. Gegen die Drangsaliierer seien unabhängig von dem Ermittlungsverfahren bereits Arreststrafen in der Haftanstalt vollzogen worden. Nach Abschluss der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen, so Schöneburg, soll geprüft werden, ob Änderungen im organisatorischen Ablauf des Vollzuges nötig seien.

*Quelle: Lausitzer Rundschau, 25.02.2011*



Besuch der JVA Wrietzen  
am 24.02.2011



## 300 Linke in der Mark gewaltbereit

Potsdam - Laut Innenministerium gehören etwa 600 Personen in Brandenburg zum linksextremistischen Spektrum. Rund 300 davon, die der unorganisierten Szene angehören, werden als gewaltbereit eingeschätzt, so Minister Dietmar Woidke (49, SPD) auf parlamentarische Anfrage. 2009/2010 verzeichnete die Polizei insgesamt 56 politisch motivierte Gewalttaten von Linksextremen.

Quelle: BILD, 22.02.2011



Gemeinsame Sitzung der  
Rechtsausschüsse von Berlin und  
Brandenburg am 09.02.2011

## Keiner soll abtauchen

Kommunen und Nachbarn sollen in Brandenburg nachvollziehen können, wo Sexualstraftäter und gefährliche Gewaltverbrecher wohnen. Dafür setzt sich die CDU-Fraktion im Landtag ein und will ein Meldesystem einführen. «Es ist nicht hinnehmbar, dass sich so jemand hinter dem Datenschutz verstecken kann», sagte der innenpolitische Sprecher, Sven Petke, am Donnerstag in Potsdam. Kein Sicherungsverwahrter oder Sexualstraftäter dürfe melderechtlich abtauchen, heißt es in dem Positionspapier der Fraktion. «Opferschutz geht für uns vor Täterschutz», so der rechtspolitische Sprecher Danny Eichelbaum.

Die Gefahr eines öffentlichen Prangers sieht die Fraktion nicht. Letztlich stünden die Rechte potenzieller Opfer über denen der Täter. Eichelbaum warf der rot-roten Landesregierung vor, in ihrem kürzlich vorgestellten Konzept zur Sicherungsverwahrung die Opfer zu vernachlässigen.

Brandenburgs Justizminister Volkmar Schöneburg (Linke) wies dies zurück. Ziel der beabsichtigten Intensivtherapie sei es, künftige Straftaten zu verhindern. «Die Vorschläge der CDU bewirken genau das Gegenteil: Sie führen dazu, dass Straftäter nach verbüßter Haft und nach erfolgreicher Therapie öffentlich an den Pranger gestellt werden.» Mit Opferschutz habe der CDU-Vorschlag nichts zu tun. Die rechtspolitische Sprecherin der FDP-Fraktion Linda Teuteberg äußerte Bedenken bezüglich des Meldesystems.

Schöneburg will im Sommer einen Entwurf für ein Strafvollzugsgesetz vorlegen. Später soll ein Gesetz zur Sicherungsverwahrung folgen. dpa/MAZ

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 18.02.2011

## **Willi Köbke stellt Analyse des BSBD vor - Gespräche zur künftigen Gestaltung der Vollzugslandschaft**

Am 13. Januar 2011 empfing der rechtspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Danny Eichelbaum, den Landesvorsitzenden Willi Köbke zum Gedankenaustausch über die künftige Vollzugslandschaft im Land Brandenburg. Der Vorsitzende des Rechtsausschusses, Sven Petke (CDU), war bei der Begrüßung anwesend und brachte seine Erwartung zum Ausdruck, die Position des BSBD zum Erfordernis einer Haftplatzreduzierung und Alternativen zu Standortschließungen aufgezeigt zu bekommen. Willi Köbke stellte im Gespräch mit Danny Eichelbaum die Ergebnisse der Analysen des BSBD zu den vorhandenen Kapazitäten und deren Auslastung sowie auch die regionale Verteilung der Haftplätze dar. Zugleich wies er auf die Notwendigkeit hin, dass neben den verschiedenen gesetzlichen Vorgaben in Hinsicht auf Trennungsgebote auch regionale vollzugliche Erfordernisse in Bezug auf die Landgerichtsbezirke zu beachten sind. Daraus resultierend ist es vertretbar, die vorhandene Haftplatzzahl im Süden des Landes durch Stilllegung von Hafthäusern in der JVA Cottbus-Dissenchen und Luckau-Duben auf knapp 1.900 Haftplätze insgesamt zu reduzieren und hierbei den regionalen, sicherheitsrelevanten und vollzuglichen Erfordernissen entsprechend alle vorhandenen Standorte zu erhalten. Danny Eichelbaum sicherte dem Landesvorsitzenden zu, dass die CDU die Vorschläge des BSBD aufgreifen und über den Rechtsausschuss einbringen werde.

*Quelle: Zeitung "Der Vollzugsdienst", 07.02.2011*

## **Wer klagt, soll zahlen - Justiz: CDU Vorschlag zu Hartz IV-Verfahren**

Um der Hartz-IV-Klagewelle an den Sozialgerichten Herr zu werden, fordert der brandenburgische CDU-Politiker Danny Eichelbaum die Einführung einer Gebühr. «Es gibt viele offensichtlich unbegründete Klagen von ALG II-Empfängern. Gerichtsgebühren würden die Hemmschwelle senken, die Sozialgerichte mit der Einreichung erfolgloser Klagen zu überschwemmen», sagte Eichelbaum der Nachrichtenagentur dpa. Die Bürger hätten ein Grundrecht darauf, dass die Sozialgerichte in angemessener Zeit Entscheidungen treffen, betonte der rechtspolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Landtag.

In diesem Jahr lag die durchschnittliche Verfahrensdauer bei den Sozialgerichten laut Justizministerium bei etwa 15 Monaten. «Das ist eindeutig zu lang und verfassungswidrig», so Eichelbaum.

Der Landtagsabgeordnete forderte, dass in der ersten Instanz bei den Sozialgerichten eine pauschale Gebühr in Höhe von 75 Euro pro Klage erhoben werden soll. Diese soll den Klägern bei Erfolg zurückerstattet werden. Die Idee stammt von konservativ-liberalen Landesregierungen. Sie überlegen eine Gerichtsgebühr zwischen 75 und 225 Euro.

«Falls jemand die Mittel nicht aufbringen kann, gibt es die Prozesskostenhilfe», sagte Eichelbaum. Mit der Gebühr würden die Richter entlastet, Nutznießer wären auch Rentner oder Krankenversicherte, deren Verfahren derzeit durch die Klageflut von ALG II-Empfängern unnötig verlängert werden.» Den Anteil von Hartz-IV-Klagen, die offensichtlich unbegründet sind, schätzt Eichelbaum auf 10 und 20 Prozent.

Der Jurist forderte zudem die Reduzierung von unterschiedlichen Fachgerichten. Die mehrfach diskutierte Zusammenlegung von Sozial- und Verwaltungsgerichten sei sinnvoll. «So könnten die Richter je nach Bedarf flexibel eingesetzt werden.» dpa/MAZ

*Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 03.01.2011*



## Nachrichten aus dem Landkreis Teltow-Fläming

### Alarmierend - Mehr Jugendliche ohne Schulabschluss

Elf Prozent aller Schulabgänger im Landkreis Teltow-Fläming beenden ihre Schulzeit ohne Abschluss. Das hat eine Studie der Bertelsmann Stiftung ergeben. Demnach verließen im Jahr 2009 11,3 Prozent der hiesigen Jugendlichen die Schule ohne Abschluss. Das ist ein Prozent mehr als 2008.

Die Nachbarkreise schneiden zum Teil besser ab. Für Potsdam-Mittelmark ergab die Studie Werte von acht (2008) und 6,9 Prozent, in Dahme-Spreewald waren es jeweils 9,6 Prozent. Elbe-Elster als südlicher Nachbar weist mit 12,5 und 13,1 Prozent jedoch noch schlechtere Werte auf. Der hiesige Landkreis gibt in etwa die landesweiten Durchschnittswerte wieder. Diese liegen bei 10,6 und elf Prozent.

Der CDU-Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum nennt die Werte des Landkreises "alarmierend". Denn Jugendliche ohne Schulabschluss hätten eine ungewisse Zukunft, ohne Aussicht auf einen Ausbildungs- und Arbeitsplatz. Die Schuld für diese Lage sieht er auch beim Landkreis: "Wir geben in Teltow-Fläming viel Geld zum Beispiel für Maßnahmen der Arge, eine Jugendtischlerei und eine Produktionsschule aus. Doch die Probleme liegen ganz wo anders." Eichelbaum fordert ein Ansetzen in der frühkindlichen Erziehung, außerdem sei eine individuelle Förderung an den Schulen erforderlich.

*Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 02.03.2011*

### Teltow-Flämings Landrat unter Druck

#### Neuruppiner Staatsanwaltschaft ermittelt gegen Peer Giesecke (SPD) / Landrat: "Ermittlungen haltlos"

Luckenwalde. Peer Giesecke (SPD) steht unter Druck. Teltow-Flämings Landrat sieht sich Korruptionsvorwürfen ausgesetzt.

Die Staatsanwaltschaft Neuruppin ermittelt gegen ihn. Dem Verwaltungschef wird vorgeworfen, dass er sich von einem Investor hat bestechen lassen.

Giesecke soll sich massiv dafür eingesetzt haben, dass der Investor ein denkmalgeschütztes Gebäude in Großbeeren abreißen konnte, obwohl die Denkmalbehörden das stets abgelehnt hatten. Der CDU-Kreisverband und die CDU-Kreistagsfraktion drängen nun auf Aufklärung der Korruptionsaffäre: Der Landrat habe das Vertrauen der Bürger in die Arbeit der Kreisverwaltung schwer erschüttert und das Ansehen des Landkreises sowie seines Amtes schwer beschädigt. Die Menschen hätten kein Verständnis für Filz und Vetternwirtschaft in einer öffentlichen Verwaltung. Allerdings einen Anspruch darauf, dass sich der Kreistag - als Dienstvorgesetzter des Landrats - an die Spitze der Aufklärung setzt. Das Gremium verzichtete während der Sitzung am Montagabend allerdings auf eine Aussprache. Das hatten die Fraktionsvorsitzenden beschlossen, wie der Kreistagsvorsitzende Christoph Schulze (SPD) zuvor erklärte. Peer Giesecke verlas lediglich eine Erklärung: "Die Ermittlungen werden ergeben, dass die Anschuldigungen gegen mich haltlos sind." Er habe lediglich den Beschluss der Gemeindevertretung Großbeeren umgesetzt und sich damit für 20 Arbeitsplätze eingesetzt.

Der Landrat zeigt zwar Reue: "Es tut mir leid, dass ich das Vertrauen der Bürger durch mein Verhalten stark strapaziert habe", wehrt sich aber auch: "Ich hätte mehr Fairness erwartet. Die Unschuldsvermutung gilt auch für einen Landrat." Er wolle sich weiterhin für den Landkreis Teltow-Fläming einsetzen. Die Erklärung allein reicht der CDU nicht.

"Der Landrat hat kein Unrechtsbewusstsein", erzürnt sich der Fraktionsvorsitzende Danny Eichelbaum, "er hat nichts gelernt. Wir fordern eine Arbeitsgruppe, die die Korruptionsvorwürfe überprüft."

Dabei geht es auch um mögliche Rechtsberatungsleistungen eines Anwalts, für die dieser Honorare vom Landkreis erhalten habe. Er habe über mehrere Jahre Bürger ein Mal pro Woche zum Thema Großflughafen beraten und dafür monatliche Honorare von teilweise mehr als 3000 Euro erhalten.

Die Beratungen seien tatsächlich durchgeführt worden, Geld allerdings sei nicht geflossen, wie Peer Giesecke versicherte.

Der Rechnungsprüfungsausschuss des Landkreises soll das jetzt prüfen. Er soll beispielsweise klären, ob es vertragliche Beziehungen zwischen dem Landkreis und dem Anwalt gebe, wie hoch die vertraglich zugesicherte Vergütung sei und ob die Rechtsberatungsleistungen ausgeschrieben worden seien. Hinter den Forderungen der CDU verbirgt sich eine brisante Personalentscheidung: Die Rechtsberatungsleistungen sollen durch den Anwalt Berndt von Schrötter erbracht worden seien. Er ist der Ex- Mann der heutigen Ehefrau des Landrats. Peer Giesecke wollte ihn laut Medienberichten vor wenigen Tagen zu seinem persönlichen Referenten machen, verzichtete wegen des öffentlichen Drucks aber darauf.

*Quelle: Lausitzer Rundschau vom 30.03.2011*

## **Der Albtraum des Sonnenkönigs - Landrat Peer Giesecke im Zwielficht / Korruptionsverdacht und Personalien bringen Verwaltungschef in Bedrängnis**

Erfolgsmeldungen begleiteten ihn. Peer Giesecke, Landrat von Teltow-Fläming, hat sich in seinen gut 20 Amtsjahren einen klingenden Namen erarbeitet. Der Kreis heimste unter seiner Führung viele Titel ein: „Nummer 1 im Osten“ war man gleich mehrfach, 2008 „Kommune des Jahres“. Er durfte am Kabinetttisch der Regierung Schröder erklären, wie man im Osten eine Kommune auf die Siegerstraße führt. Die aktuelle Lage ist ernüchternder: Den Kreis drückt eine Schuldenlast von rund 20 Millionen Euro, Tendenz steigend. Schlimmer für Giesecke ist noch, dass er jetzt unter Korruptionsverdacht steht. Diensträume und Privathaus wurden durchsucht. Zudem hat er sich mit einer Personalentscheidung vergaloppiert. In einer – nicht repräsentativen – Online-Abstimmung der MAZ fordern (Stand gestern Abend) 80 Prozent seinen sofortigen Rücktritt. Der joviale Hüne, der sich gegen das Bild des „Sonnenkönigs“ nie ernsthaft wehrte – er gerät in seiner letzten Amtszeit in schwere Bedrängnis.

Mit der Wende kam Giesecke als Seiteneinsteiger in die Politik. Die Zeit des Umbruchs war seine Zeit. Die Fördermittel sprudelten. Kreative Köpfe, nicht Paragraphenreiter machten das Rennen. Der Landkreis kann nicht nur mit Wirtschaftsansiedlungen punkten, er ist dank des 200 Kilometer langen Fläming-Skate die Skater-Hochburg Europas. Die Idee stammt von Giesecke. Auch sorgte vor allem er dafür, dass die B 101 wie eine Autobahn ausgebaut wird. Die Denkmäler, die sich ein Politiker zu Lebzeiten in die Landschaft setzen kann, hat er platziert.

Seine Stärke ist jedoch zugleich seine Schwäche. Die Nähe zu Investoren, sie fällt ihm jetzt als Korruptionsverfahren auf die Füße. Er hat einem Investor beim Abriss eines denkmalgeschützten Gebäudes in Großbeeren massiv geholfen. Unter anderem versetzte er einen Amtsleiter, der sich für den Erhalt des Denkmals einsetzte. Giesecke soll im Gegenzug in unangemessener Weise Essenseinladungen angenommen haben. Giesecke weist Schuld von sich. Eine Ermahnung, ein „Du-Du!“, kann er sich aber schon vorstellen – was auch immer das im strafrechtlichen Sinne bedeuten soll.

Der „Sonnenkönig“ Giesecke neigt als Macher zu einsamen Entscheidungen. Und so ist es eine Personalie, die ihm zusätzliche Sorgen bereitet. Giesecke ist in diesen Fragen ohnehin nicht heikel. Das Personal der kreiseigenen Struktur- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft zum Beispiel setzt sich zum Gutteil aus Freunden und Familie zusammen; seine Ex-Frau ist dort ebenso tätig wie die Ehefrau eines Beigeordneten. Der „Breitbandexperte“ der Gesellschaft hat zwar eine eher diffuse Qualifikation auf dem IT-Bereich aufzuweisen, ist dafür aber Vize-Chef des SPD-Ortsvereins Zossen – Giesecke steht auch dort an der Spitze. Der andere stellvertretende Vorsitzende dieses Ortsvereins ist übrigens der designierte Wirtschaftsförderungsbeauftragte des Kreises.

Gieseckes Frau, Maria von Schrötter, ist Kreistagsmitglied der SPD. Sie ist beim Diakonischen Werk Tempelhof-Schöneberg beschäftigt und leitet mit der „Produktionsschule für Problem-Jugendliche“ ein Projekt in Teltow-Fläming. Hier steuert der Landkreis jährlich einen sechsstelligen Betrag bei. Der Ex-Chef von Maria von Schrötter beim Diakonischen Werk ist mittlerweile Dezernent für Jugend und Soziales im Kreis. In Personalfragen also ist man im Landkreis einiges gewohnt, dennoch hat Giesecke den Bogen überspannt: Er wollte den Ex-Mann seiner Frau zu seinem persönlichen Referenten machen.

Berndt Freiherr von Schrötter ist Rechtsanwalt in Großbeeren. Es wurde eine Stelle für einen Juristen ausgeschrieben, 15 Bewerber traten an, von Schrötter war laut Giesecke „eindeutig der Beste“. An der Entscheidung vermochten nicht einmal Spitzen-Genossen des Kreises etwas zu ändern. SPD-Kreischef Frank Gerhard, ein besonnener Verwaltungsprofi und Bürgermeister von Ludwigfelde, rügte eine „politische Instinktlosigkeit“.

Das war noch nicht alles. Nach MAZ-Informationen erhielt Berndt von Schrötter in den vergangenen Jahren bereits Honorare vom Landkreis. Bei Bürgersprechstunden gab er rechtliche Ratschläge zum Großflughafen BBI in Schönefeld. Zwei- bis viermal im Monat wurde er tätig, dafür soll er teilweise mehr als 3000 Euro im Monat erhalten haben. Giesecke kommentierte knapp: „Das ist doch kein Geheimnis.“ Das sehen nicht alle so. Danny Eichelbaum (CDU), Kreis- und Landtagsabgeordneter, legt zur nächsten Kreistagssitzung eine Liste mit 13 Fragen vor. Ihm war das Ganze bislang unbekannt. Der Jurist spricht jetzt von „Vetternwirtschaft“ im „System Giesecke“.

Am Dienstagabend diskutierte die SPD-Kreisspitze zweieinhalb Stunden lang. Totenstille habe geherrscht, heißt es. Giesecke entschuldigte sich, verzichtet künftig ganz auf einen persönlichen Referenten. Das Rechnungsprüfungsamt des Kreises soll prüfen, auf welcher Grundlage Berndt von Schrötter Geld erhielt. Und weil aus der Kreistagsopposition heraus erste Rücktrittsforderungen schallen, versicherte man sich gegenseitiger Loyalität. Es gibt allerdings auch Teilnehmer, die von einer „Farce“ sprechen.

Diese haben sich vielleicht an das Jahr 2007 erinnert. Damals gönnte sich Giesecke als Dienstwagen eine S-Klasse von Mercedes. Empörung machte sich breit. Spät räumte Giesecke „einen Fehler“ ein und gab den Wagen kleinlaut zurück. Er wartete seine Wiederwahl im Dezember 2009 ab. Ab Januar 2010 war er in einem Audi A 8 mit Berliner Kennzeichen unterwegs, Ende März hatte er seinen eigenen A 8, war also wieder in der Ministerpräsidenten-



Klasse angekommen. „Ich stehe das jetzt durch. Diesmal werde ich den Wagen nicht zurückgeben“, sagte er der MAZ.

Ungeachtet des öffentlichen Aufschreis blieb der Ton im Kreistag ruhig bis wohlwollend. Giesecke hat so lange richtige Entscheidungen zum Wohle des Landkreises getroffen, dass er offenbar einen Blankoscheck besitzt. Seit der jüngsten Kommunalwahl regiert er mit einer Mehrparteien-Koalition und hat eine 75-prozentige Mehrheit hinter sich, die ihn unverwundbar macht. Deshalb rechnet auch kaum jemand damit, dass Gieseckes Kapriolen im Kreistag Wirkung zeigen.

Für den Landrat kommt es aber weit unangenehmer. Seine weitere politische Karriere liegt in den Händen der Neuruppiner Korruptionsstaatsanwälte. Entschuldigungen werden diese wenig beeindrucken. Druck kann er ihnen nicht machen. Sollte Giesecke angeklagt werden, das wissen auch wohlmeinende Genossen, werden die Karten neu gemischt. Politische Gegner schließen schon Wetten ab, wie lange sich der Landrat noch im Amt halten kann. Und Giesecke muss bei all dem tatenlos zusehen. Für einen Macher, einen Sonnenkönig, ist das ein Albtraum. Er ist selber schuld daran. (Von Ekkehard Freytag)

*Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 26.03.2011*

### **Verärgerung hier, Gelassenheit dort - Reaktionen auf Immobilien-Geschäft**

Dass die Struktur- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft (SWFG) ihre MBS-Immobilien schon los wäre, hat sich als falsch herausgestellt. Die Reaktionen auf diese Nachricht fallen allerdings höchst unterschiedlich aus. Die CDU ist verärgert, die Koalition bleibt jedoch gelassen.

„Hier wurde abermals versucht, die Öffentlichkeit und die Abgeordneten hinters Licht zu führen“, sagte CDU-Fraktionschef Danny Eichelbaum gestern gegenüber der MAZ. Er frage sich, wann bezüglich der SWFG „reiner Wein eingeschenkt“ wird.

Die Christdemokraten nehmen auch den SWFG-Geschäftsführer Herbert Vogler ins Visier. Dieser habe im Bundesanzeiger „wahrheitswidrig“ mitgeteilt, dass die MBS-Immobilien veräußert wurden. Um diesen Vorgang zu klären, haben die Abgeordneten Ralf von der Bank und Hermann Kühnapfel (beide CDU) eine Sondersitzung des Wirtschaftsausschusses beantragt. Zudem stellen die Christdemokraten für die kommende Kreistagssitzung eine Kleine Anfrage zur Veräußerung der MBS-Immobilien. Außerdem beantragt die CDU, dass der Posten des SWFG-Geschäftsführers ausgeschrieben wird – schließlich sei Vogler vom Landrat nur dazu beauftragt worden, diese Tätigkeit vorübergehend auszuüben.

In den Reihen der Koalition sieht man den Vorgang positiver. Den aktuellen Verfahrensstand habe sie zwar aus der MAZ erfahren, sagte Linken-Fraktionschefin Kornelia Wehlan, doch werde die Information in der kommenden Fraktionssitzung erteilt. Die Grundstimmung bleibe optimistisch: „Wir hatten das Signal, dass der Verkauf auf dem Weg ist, und das ist positiv.“ Christoph Schulze (SPD), Vorsitzender des SWFG-Aufsichtsrats und des Kreistags, versteht die von der CDU initiierte Aufregung nicht. „Alle Aufsichtsratsmitglieder sind von mir auf die tatsächliche Rechtslage hingewiesen worden“, sagte er der MAZ. Wer jetzt einen Skandal feststellt, müsse sich „monatelang im Tiefschlaf“ befunden haben.

Im Gebrauch des Worts „veräußert“ sieht er auch keinen Täuschungsversuch, sondern lediglich eine „unscharfe Formulierung“.

*Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 17.03.2011*

## Eine Bibi für Werbig - Schulleiterin Christiane Faehse und ihr Team sammeln Spenden aller Art

Über Zuwendungen von 498 Euro freuten sich die Schulleiterin der Grundschule Werbig, Christiane Faehse und ihre Kollegin Angela Kossack. Überreicht wurde der Betrag im bunten Kästchen von den CDU -Abgeordneten Sven Petke, Danny Eichelbaum und Karin Mayer in Anwesenheit von Bürgermeister Ernst Werner, dem Vorsitzenden der Gemeindevertretung Niederer Fläming, Hans-Ulrich Thor, sowie CDU -Mitarbeiterin Jenny Günther.

Das Geld soll zur Anschaffung neuer Regale für die geplante Bibliothek im neu ausgebauten Dachgeschoß der Schule dienen. Zurzeit lagern viele der gespendeten Bücher noch unsortiert auf einem „abgestaubten“ Villenteppich. Bis April sollen die Arbeiten abgeschlossen und die Bibliothek eröffnet sein. „Nach den Osterferien wollen wir sie einweihen“, erklärte die Schulleiterin. Neben Lexika und Kinderbüchern ist man weiterhin froh über Spenden aller Art. Obwohl die Gemeinde Niederer Fläming als Gebäudeeigentümer die Schule mit Investitionen von bis zu 40.000 Euro jährlich unterstützt, kann für die 123 Kinder nur „ein Raum nach dem anderen“ renoviert werden, so Bürgermeister Werner.



„Das zwingend Wichtige zuerst“. Lehrmittelbeschaffung und ähnliches läge ihm mehr am Herzen als „Farbe auf dem Flur“. Zurzeit arbeitet Christiane Faehse mit „neun Kolleginnen“, zwei davon hätten das Team erst kürzlich für zwei ausgeschiedene Ruheständler verstärkt. Durch krankheitsbedingte Ausfälle sei es trotzdem nicht leicht, alle Unterrichtsstunden aufzufangen. Man könne jedoch grundsätzlich froh sein, dass die Schule überhaupt noch existiere, sagte Sven Petke dazu.

„Schließen ist leicht, Gründen nicht“. Er freue sich darüber, dass auch im ländlichen Bereich solche „Räume mit Leben erfüllt“ seien. Die Bibliothek zur Leseförderung begrüße er sehr.

Vorteil kleiner Schulen wäre der viel intensivere Kontakt zur Elternschaft durch die Lehrer. Man fände dort leichteren Zugang und wäre teilweise schon seit Generationen persönlich miteinander bekannt. „Wir sind uns sicher, dass dieses Geld gut angelegt ist“, erklärte er überzeugt.

*Quelle: Blickpunkt, 19.03.2011*

## Kreisreise als Themenreise

Saskia Ludwig hatte sich ein strammes Programm verordnet. Die Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion unternahm am Donnerstag eine Reise durch den Landkreis. Mit ihren Fraktionskollegen Sven Petke und Danny Eichelbaum befasste sie sich mit einem breiten Themenspektrum, das von Bildung über Windenergie bis zur Agrarreform reichte.

An der Trebbiner Oberschule kamen Themen wie Unterrichtsausfall, Lehrkräftemangel und Schulverweigerer zur Sprache.

In Lindow ging es um die Windenergie. „Es werden zu Recht Fragen nach dem Sinn der Windenergie gestellt“, sagte sie beim Besuch in der Luckenwalder MAZ-Lokalredaktion. Sie empfahl der Landesregierung, mit Betroffenen zu sprechen. Dies sollte kein Problem sein, denn ihrer Erfahrung nach werden in den Bürgerinitiativen gegen die Windenergie „keine fundamentalen Positionen vertreten, dort ist man kompromissbereit“.



Zudem waren die Politiker bei einem Direktsaatbetrieb in Lichterfelde. Ein Betrieb, wie ihn die Christdemokraten befürworten: Im Eigentum eines Privatmanns, der Verantwortung für Land und Leute empfindet – nicht eine juristische Person mit Sitz im Irgendwo, die keine Rücksicht



nehmen muss. Mit der Ablehnung der jüngsten Vorschläge der CDU zu Agrarsubventionen – die CDU will, dass mit Beginn der neuen Förderperiode ab 2014 Betriebe nur für die ersten 500 Hektar die volle Flächenprämie erhalten – gehen Ludwig und Co. gelassen um. „Es ist doch wichtig, dass diskutiert wird, denn wir werden eine Reform der Subventionspolitik angesichts sinkender Förderung brauchen“, sagte Petke. Auch in der Oppositionsrolle fühlen sich

die Christdemokraten durchaus wohl. „Wir sind nicht nur dagegen, so wie früher die Linke, wir geben Anregungen“, sagte Ludwig. (efg)

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 19.03.2011



## Eine Nacht im Wasser - 51,9 km in 12 Stunden zurückgelegt

Auch in diesem Jahr beteiligte sich die CDU Teltow-Fläming mit dem Team: "Die Seelöwen" am 12 Stunden Schwimmen in der Flämingtherme Luckenwalde. Teamleiter Sven Petke bedankte sich für den tollen Einsatz und die großartige sportliche Leistung der Mannschaft, die in diesem Jahr 51.900 m im Wasser zurücklegte. Das sind 4.325 m in der Stunde. "Long Distance" aus Potsdam holte sich den MAZ-Pokal und stellte einen neuen Bahnrekord mit über 73 km auf. Insgesamt gingen 13 Mannschaften aus Brandenburg und Berlin an den Start. Auch die S-Bahn Berlin ging ins Wasser.

"Die Seelöwen" beteiligten sich bereits zum dritten Mal am 12-Stunden-Schwimmen in der Flämingtherme Luckenwalde. Tatkräftige Unterstützung gab es durch Schwimmer aus Leipzig, Falkensee, Motzen, Rangsdorf, Jüterbog und natürlich Luckenwalde. Die Landtagsabgeordneten Barbara Richstein, Danny Eichelbaum und Björn Lakenmacher pflügten bei einer super Stimmung ebenfalls durch das Wasser.

CDU-Team "Die Seelöwen" beim 12 h Schwimmen in Luckenwalde am 11.03.2011



## **POLIZEI: „Licht aus“ für die Wache in Zossen**

### **Kritiker der Reform befürchten weiteren Stellenabbau und vor allem in der Nachtzeit einen Freibrief für Verbrecher**

ZOSSEN/LUDWIGSFELDE - Zossen Bürgermeisterin Michaela Schreiber (Plan B) reagierte gestern „stinksauer“ auf die Nachricht, dass die Polizeiwache in der Stadt – trotz erheblicher Proteste und tausender Unterschriften gegen die Schließung – abgewickelt werden soll. „Das ist doch unglaublich und hat mit bürgernaher Politik nichts zu tun“, so die Verwaltungschefin empört. Sie befürchtet nun, dass auch die Zukunft des Zossener Amtsgerichtes noch einmal gefährdet sein könnte, seit es Pläne gibt, die Strukturen von Polizei und Justiz anzugleichen.

Der CDU-Kreistagsabgeordnete und stellvertretende Vorsitzende des Brandenburger Innenausschusses, Danny Eichelbaum (MdL), erneuerte seine Forderung, dass die Polizeiwachen Ludwigsfelde und Zossen als 24-Stunden-Wachen erhalten bleiben müssen. „Gerade einmal 87 Polizisten in beiden Wachen betreuen derzeit 100 000 Einwohner im Norden des Landkreises Teltow-Fläming“, so Eichelbaum. Angesichts einer hohen Kriminalitätsentwicklung im Bereich beider Polizeiwachen, einer steigenden Bevölkerungsentwicklung im Norden des Landkreises, der Berlin-Nähe und des Großflughafens BBI mit den damit verbundenen Kriminalitätsbelastungen müsse die Aufrechterhaltung und Gewährleistung der Sicherheit in der Region oberste Priorität haben, so der Christdemokrat. Wie er sagt, laden die geplanten Öffnungszeiten des künftigen Polizeireviere in Ludwigsfelde von 8 bis 20 Uhr Verbrecher förmlich ein, ihre Straftaten in der Nacht zu verüben. Ähnlich wie in Zossen hatten sich auch in Ludwigsfelde mehr als 2000 Bürger für den Erhalt der 24-Stunden-Wache in der Stadt ausgesprochen. So wie Zossens Stadtverordnete einhellig für den Erhalt der Wache votiert hatten, war auch im Kreistag einstimmig für den Erhalt beider Polizeiwachen plädiert worden.

In einer gemeinsamen Volksinitiative mit Bürgermeistern, Amtsdirektoren, dem Bund Brandenburger Staatsanwälte und unterstützt vom Städte- und Gemeindebund hat auch die Gewerkschaft der Polizei Korrekturen bei der Polizeistrukturereform eingefordert. Für Andreas Schuster, GdP-Landesbezirksvorsitzender, steht fest: „Dies ist keine Polizeistrukturereform im eigentlichen Sinne, sondern die Umsetzung eines Stellenabbauprogramms. 1900 Stellen weniger in den nächsten zehn Jahren bedeuten Abstriche an der inneren Sicherheit.“

Ludwigsfeldes Wachenleiter, Polizeihauptkommissar Sven Wagner, will – ebenso wie sein Zossener Amtskollege Rainer Pulz – die endgültige Entscheidung für sich und seine Kollegen erst abwarten. Für Ludwigsfeldes Bürgermeister Frank Gerhard (SPD) ist die Polizeipräsenz in der Stadt vorrangig. Die Öffnungszeiten seien zweitrangig, erklärt er. „Weil wir jetzt schon eine der wenigen Kommunen mit einem so umfangreichen Ordnungsamt sind, sodass wir schon jetzt oft Hand in Hand mit der Polizei zusammenarbeiten“, sagt Gerhard. So gebe es bereits gemeinsame Fußstreifen. Völlig unklar ist, ob mit dem Fortbestand der Wache auch der seit drei Jahren geplante Neubau kommt. „Da sind wir zu allen Kompromissen bereit“, sagt Gerhard, schließlich habe das Land das Areal dafür bereits gekauft. Zossens Bürgermeisterin kann indes nicht verstehen, dass eine sanierte Wache – zuständig für 60 000 Menschen – aufgegeben wird und anderswo eine neue gebaut werden soll. „Mit Sparen“, so sagt sie, „hat das nichts zu tun.“

*Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung 1.4.2011*

## CDU startet mit Tapetenwechsel - Kritik beim Neujahrsempfang der Partei

Der CDU-Kreisvorsitzende Danny Eichelbaum und die CDU-Kreisgeschäftsführerin Karin Mayer hatten zum Neujahrsempfang eingeladen. Zu den Gästen gehörten Katherina Reiche, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesumweltministerium, der stellvertretende CDU-Landes- und Fraktionsvorsitzende Sven Petke sowie Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Vereinen und Verbänden.



Diesmal wurde mit der Stadtbibliothek ein anderes Ambiente gewählt. Danny Eichelbaum verwies am Freitagabend in seiner Rede darauf, dass die CDU das neue Jahr mit einem Tapetenwechsel beginnt. „Nach 15 Jahren ziehen wir mit der Geschäftsstelle von der Beelitzer Straße in den Haag. Wir werden moderner, innovativer und wollen unseren Mitgliedern auch mehr Service anbieten“, sagte er und zog Bilanz für 2010. Er schloss mit dem Ausblick auf 2011: „Kein anderes

Industrieland ist so gut durch die Krise gekommen wie Deutschland. Allein in Teltow-Fläming investierten Unternehmen im vergangenen Jahr 150 Millionen Euro.“

Eichelbaum kritisierte die rot-rote Landesregierung und sprach von Pleiten, Pech und Pannen, die es nicht nur in Potsdam gibt. „Auch hier in Teltow-Fläming sind ja Recht und Gesetz für den Landrat Fremdwörter. Der Landrat ist nicht erster Diener für den Landkreis, sondern Diener seiner selbst“, sagte der CDU-Kreischef. Der Landrat mache dank seiner „Volkskammer-Mehrheit im Kreistag“, was er wolle. Er halte sich nicht an Kreistagsbeschlüsse und mutiere zum Pseudo-Monarchen. „Das Ergebnis dieser Politik heißt dann Maulkorb für die Abgeordneten, undurchsichtige kreiseigene Gesellschaften, mangelnde Transparenz, höhere Kreisumlage und eine katastrophale Haushalts- und Finanzpolitik.“

Katherina Reiche sagte über die Wirtschafts- und Finanzkrise, niemand wisse, ob und wie Deutschland da herauskomme. Auch sie lobte das Engagement der Unternehmen im Kreis: „Wir sind und bleiben ein Industrieland mit einer gesunden Wirtschaftsstruktur.“

Beim Empfang wurde am Freitag um Spenden gebeten. „318 Euro kamen für die Werbiger Grundschule zusammen, in der eine Bibliothek eingerichtet werden soll. Wir wollen, dass die Kinder auch dort gut auf das Leben vorbereitet werden“, sagte Sven Petke, der die Dienstwagenaffäre von Rupprecht ansprach: „Mit den Dienstwagen ist es ja so eine Sache. Auch der Landrat wollte eine Mercedes S-Klasse fahren.“ (mh)

*Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 31.01.2011*



## Ausgewählte Termine im Monat April

- 1.4.2011 - 13 Uhr Eröffnung Ärztehaus in Trebbin
- 4.4.2011 - 10 Uhr Besuch der Polizeiwache in Schönefeld
- 16.30 Uhr Bürgersprechstunde in Ludwigsfelde
- 18.30 Uhr Sitzung des CDU-Kreisvorstandes in Ludwigsfelde
- 5.4.2011 - 10 Uhr Sitzung der CDU-Landtagsfraktion in Potsdam
- 12.30 Uhr Sitzung des Arbeitskreises Innen, Rechts und Umweltpolitik in Potsdam
- 15 Uhr Besichtigung Strandbad Klausdorf
- 6.4.2011 - 19 Uhr CDU-Mitgliederversammlung Zossen
- 7.4.2011 - 10 Uhr Sitzung des Rechtsausschusses in Potsdam
- 8.4.2011 - Besuch des Landkreises Uckermark (ganztägig)
- 9.4.2011 - 13.30 Uhr Rechtspflegertag in Königs-Wusterhausen
- 12.4.2011 - 10 Uhr Sitzung der CDU-Landtagsfraktion in Potsdam
- 12.30 Uhr Sitzung des Arbeitskreises Innen, Rechts und Umweltpolitik in Potsdam
- 13.4.2011 - Plenum des Landtages Brandenburg (ganztägig)
- 14.4.2011 - Plenum des Landtages Brandenburg (ganztägig)
- 15.4.2011 - 19 Uhr CDU-Mitgliederversammlung Hoher Teltow
- 19.4.2011 - 10 Uhr Sitzung der CDU-Landtagsfraktion in Potsdam
- 12.30 Uhr Sitzung des Arbeitskreises Innen, Rechts und Umweltpolitik in Potsdam
- 26.4.2011 - 10 Uhr Sitzung der CDU-Landtagsfraktion in Potsdam
- 12.30 Uhr Sitzung des Arbeitskreises Innen, Rechts und Umweltpolitik in Potsdam
- 27.4.2011 - 19 Uhr Stadtverordnetenversammlung Jüterbog
- 30.4.2011 - 10 Uhr Festveranstaltung Stadtverordnetenversammlung Jüterbog

*Impressum:* Wahlkreisbüro Danny Eichelbaum MdL, Albert-Tanneur-Straße 27, 14974 Ludwigsfelde  
Tel: 03378/5480888 Fax: 03378/5480886 E-Mail: [info@danny-eichelbaum.de](mailto:info@danny-eichelbaum.de)